

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 90/39
Telefax: 8 86 848 ppbn d
Teletax: 21 08 64

Inhalt

Gernot Eler MdB zur technischen und sozialen Realisierbarkeit von Abrüstung: Das Beispiel CSSR.

Seite 1

Peter Conradi MdB zu den Baukostensteigerungen beim Neubau des Plenarsaalbereichs: Die Kritik des Bundesrechnungshofs ist unberechtigt.

Seite 3

Dr. Dietrich Sperling MdB zum vorausseilenden Gehorsam des Helmut Haussmann: Das Wirtschaftsministerium als nachgeordnetes Vollzugsorgan von Machtzentren.

Seite 5

44. Jahrgang / 207

26. Oktober 1989

Das Beispiel CSSR

Zur technischen und sozialen Realisierbarkeit von Abrüstung

Von Gernot Eler MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Viereinhalb Autostunden östlich von Prag liegt der nordmährische Ort Nový Jičín (Neutitschein). Der Fahrer muß sich erst durchfragen, um am Stadtrand den umfangreichen Komplex der „Militärreparaturfabrik 025“ zu finden. Seit Jahrzehnten werden hier alle von der tschechoslowakischen Armee gefahrenen Kampfpanzer repariert: die vom Alter her schon ehrwürdigen T-54/55s, aber auch neuere T-62s und T-72s. Bisher hat noch kein westlicher Besucher diese Anlagen betreten. Jetzt aber darf eine Delegation von Vorstandsmitgliedern des Förderkreises „Darmstädter Signal“, die einer Einladung des Tschechoslowakischen Friedenskomitees folgen, erstmals die Einrichtungen ansehen: vor allem eine nagelneue Werkshalle, die für die Ausweidung und Verschrottung abzurüstender Panzer umgewidmet worden ist.

Fabrikdirektor Oberst Kusák hat sich Prager Hilfe für diese Premiere versichert - ihm stehen Oberst Nechvátal vom Verteidigungsministerium und Oberstleutnant Teichman vom Generalstab bei der Beantwortung der neugierigen Fragen der Besucher zur Seite. In Nový Jičín wird umgesetzt, was höheren Orts von Politikern zur Freude der Öffentlichkeit an Abrüstungsfortschritt verkündet wird. Im Schlepptau Gorbatschows mit seiner Ankündigung eines umfassenden Programms einseitiger Rüstungsdemontage vom Dezember 1988 folgte auch vom Hradschin ein unilateraler Abrüstungsschritt. Neben der Verringerung der Truppenstärken um 20.000 Mann sollen 850 der circa 3.500 tschechoslowakischen Kampfpanzer abgewrackt werden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus II/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Vermöglicher Umgang
mit recyceltem Rohstoff
Recycling-Papier



Auch in der ČSSR bietet die Mitgliedschaft beim Militär soziale Sicherheit, bei Offizieren sogar Privilegien. Die Verringerung von Truppenstärken findet bei den Betroffenen wenig Gegenliebe. Die Regierung setzt deshalb auf vorzeitiges Ausscheiden von Berufssoldaten und eine Verkürzung der Wehrpflicht, um sozialverträglich die niedrigere Sollstärke zu erreichen. Aber ohne Umsetzung von Militärs für neue zivile Aufgaben und die damit verbundenen Statusverluste geht es nicht ab.

In dem Reparaturwerk von Nový Jičín wird das Problem erst mit Verzögerung auf die Belegschaft zukommen. Denn vorerst gleicht der neue Auftrag zur Demontage der Panzer die verringerte Zahl zu reparierender Panzer aus. Technisch scheint der Prozeß der Demontage der 20 bis 30 Jahre alten T-54/55 (nur diese wandern in die Schmelzöfen) beherrschbar zu sein: Die noch nutzbaren Bestände der 620 Teile, in die der Panzer auseinandergenommen wird, wandern in die Ersatzteillager. Öl und Schmierstoffe werden abgepumpt. Auf dem Hof zerlegt ein Arbeiter die Panzerketten in handliche Teile. Eine Minderheit der Fahrgestelle findet im zivilen Bereich eine neue Verwendung. Der Rest sowie die Türme und die Geschützrohre werden auf dem Gelände der Firma „Kovošrot“ in transportfähige Teile auseinandergeschweißt und in die Stahlschmelze recycelt. Diesen Weg gehen pro Tag zwei Panzer, so daß bis Weihnachten ein Drittel der Sollzahl 850 erreicht sein wird. 250 bis 300 Mann-Arbeitsstunden braucht man in Nový Jičín zur Liquidierung eines T-55.

Die neue Werkshalle steht in einer Stahlwanne, so daß Versickerungen nicht passieren können. Aber die Umweltbelastungen wachsen durch die Demontage, bei der die Einzelteile mehrfach ausgewaschen werden müssen. So gelangen Öl und Schmierstoffe ins Abwasser, das in einer werkseigenen Kläranlage mit nicht gerade neuester Technik gereinigt wird. Die Schwierigkeiten werden zunehmen, wenn einmal modernere Panzer mit Reaktivpanzerung für die Verschrottung anstehen.

Sobald die 850 ČSSR-Panzer eingeschmolzen sind und in Wien womöglich weitere Reduzierungen verabredet werden, kommen die circa 1.100 Arbeitsplätze in Nový Jičín in Gefahr. Schon jetzt haben die Verantwortlichen der Schwermaschinenfabrik ZTS im mittelslowakischen Martin dieses Problem. Denn die Prager Regierung hat beschlossen, die gesamte Panzerproduktion (Lizenzbau sowjetischer Typen) in drei Stufen bis Ende 1990 völlig einzustellen. Der Staatsauftrag für Panzerbau für das Werk in der traditionsreichen Arbeiterstadt Martin ist 1989 schon auf 50 Prozent reduziert und soll im nächsten Jahr auslaufen. Betroffen sind 5.000 der im ganzen 10.000 Beschäftigten des Kombinats. Koverision ist angesagt, aber noch zeigt sich die Werksleitung ratlos, was ab 1990 über die Bänder gehen soll. Vizedirektor Emil Denko hat zwar die Lohnfonds bis Weihnachten '90 sicher, aber seine Sorgen werden deutlich. Denn im Zuge der auf Januar des kommenden Jahres vorgezogenen Wirtschaftsreform a la Perestrojka soll die Werksleitung selbständig, das heißt ohne Staatshilfe und kompensatorischen Staatsauftrag, das Problem lösen.

Man denkt nach über neue Produkte wie Schlepper, Traktoren, Lokomotiven, Zisternen, Agrar- und Umwelttechnik, auch über verstärkten Export sowie eine Kooperation mit HANOMAG. Aber die Lage wird realistisch gesehen: noch behindern Technologie- und Qualitätsschranken den Ausweg Export (ein Rundgang durch die Fabrik bestätigt diese Bedenken). 5.000 bisher privilegierte Arbeitsplätze sind in Gefahr.

Mit Recht sagt man, die Reformpolitik in der Tschechoslowakei bleibe gegenüber anderen osteuropäischen Beispielen bisher zurück. Die Beispiele Nový Jičín und Martin belegen aber, daß in der ČSSR konkrete Abrüstung und Umstellung von Rüstungsbetrieben auch da durchgeführt wird, wo es zu Arbeitsplatzproblemen und sozialer Verunsicherung kommt. Es zeigt sich, daß die unilateralen Abrüstungsschritte der Warschauer Vertragsstaaten dazu genutzt werden, Erfahrungen zu sammeln und eine Art Probelauf für die Umsetzung zu erwartender Wiener Beschlüsse durchzuführen. Und das nicht ohne Risiko, was die Konsensbereitschaft der betroffenen Beschäftigten angeht.

Eine vergleichbare Entschlossenheit und Risikobereitschaft läßt sich in der Bundesrepublik nicht immer erkennen. Hier beobachten wir die Tendenz, Rüstungsinteressen durch Fusionen und Verkettung mit zivilen Arbeitsplätzen (zum Beispiel Daimler Benz/MBB) abzusichern oder Rüstungsaufträge einfach gar nicht mehr militärisch, sondern industriepolitisch zu begründen (Fortsetzung der Leo 2-Produktion). Zu der Wahrheit, daß Abrüstung seinen ökonomischen und sozialen Preis fordert, werden wir uns noch durchringen müssen.

(-/26.10.1989/vo-he/rs)

Die Kritik des Bundesrechnungshofs ist unberechtigt

Zu den Baukostensteigerungen beim Neubau des Plenarsaalbereichs

Von Peter Conradi MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Im Herbst 1988 hat das Bundesbauministerium im Haushaltsausschuß die Baukosten im Plenarsaalbereich mit 202,3 Millionen DM beziffert. Die Ursachen für die Kostensteigerungen von 141 Millionen DM (1986) auf über 200 Millionen DM waren die Ausweitung des Bauvolumens von 120.000 auf 142.000 cbm, sowie Forderungen des Bundestages, zum Beispiel die Verlegung von Besucherräumen in das Untergeschoß des Eingangsbauwerks, die Vergrößerung der Büros und die Überdachung des Innenhofs im Präsidialbereich und anderes. Hinzu kamen technisch nicht abweisbare Mehrkosten für die Absenkung des Plenarsaaluntergeschosses, die Unterkellerung von Küche und Restaurant und die Stabilisierung der Altbauten.

In der Sommerpause 1988 kamen Gerüchte über Mehrkosten auf. Am 5. und 6. September 1989 hat uns das Bundesbauministerium durch den Parlamentarischen Staatssekretär Echternach auf unsere Fragen im Bauberatungsgremium und im Ältestenrat verbindlich erklärt, der Plenarsaalbereich könne für 202,3 Millionen DM gebaut werden.

Bei der nächsten Sitzung des Bauberatungsgremiums am 27. September 1989 haben die Architekten und die Kostenplaner jedoch mitgeteilt, sie hätten im Herbst 1988 für den Plenarsaalbereich unabhängig voneinander Baukosten von rund 216 Millionen DM errechnet. Der Verdacht, der Bundesbauminister habe im Haushaltsausschuß niedrigere Baukosten genannt als die Fachleute sie errechnet hatten, hat sich damit verstärkt.

Auf die Forderung des Bauberatungsgremiums, verbindliche Kosten zu nennen, hat der Bundesbauminister am 18. Oktober 1989 neue Baukosten von rund 256 Millionen DM genannt. Die Mehrkosten resultieren unter anderem aus einer Unterveranschlagung der Kosten für die Haustechnik durch die Bundesbaudirektion und erhöhte Anforderungen des Brandschutzes (rund 20 Millionen DM), sowie der Weiterentwicklung der Planung und nicht vorhersehbarer Preissteigerungen. Hinzu kommen Indexsteigerungen seit Oktober 1988 und ein Betrag für mögliche Planungsrisiken.

Ich hätte Kostensteigerungen von zehn bis 15 Prozent hingenommen, denn die Baupreise steigen auf breiter Front, vor allem im Raum Bonn. Aber eine Kostensteigerung von 25 Prozent in einem Jahr ist unerträglich und schädigt das Ansehen des Bundestages.

Der Bundestag ist an dieser Kostensteigerung nicht schuld. Er hat im vergangenen Jahr nicht eine zusätzliche Forderung erhoben. Die Behauptung des Präsidenten des Bundesrechnungshofs, das Parlament habe durch „nachträgliche Vorgaben“ und den „wahnsinnigen Zeitdruck“ diese Mehrkosten mitverursacht, ist falsch. Der Bundesrechnungshof würde an Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn er erst prüfen und dann berichten würde, nicht umgekehrt.

Der Haushaltsausschuß des Bundestages wird die neuen Kostenangaben sorgfältig prüfen und fragen, wer für diese Entwicklung im Bundesbauministerium verantwortlich ist. Die neue Bundesbauministerin hat darauf hingewiesen, daß die politische Verantwortung für diese Entwicklung bei ihrem Vorgänger liegt. Das trifft zu. Das entbindet sie aber nicht davon, die Notwendigkeit personeller Konsequenzen im Leitungsbereich ihres Ministeriums zu prüfen. Es wäre gut, wenn durch personelle Konsequenzen deutlich würde, daß das Parlament so nicht behandelt werden darf.

Zu den jetzt genannten Baukosten für den Plenarsaalbereich kommen weitere, bisher vom Bundesbauminister nicht vorgelegte Kosten für den Umbau und die Modernisierung des Nordflügels (ehemalige Pädagogische Akademie) und den Parlamentsvorplatz. Es ist zu hoffen, daß die Hochbauverwaltung des Bundes hier von Anfang an die zu erwartenden Kosten nennt und nicht, wie beim Gästehaus Petersberg und beim Plenarsaalbereich, zu niedrige Baukosten nennt, die dann Jahr für Jahr erhöht werden müssen. Das erregt zu Recht den Ärger der Öffentlichkeit.

Als Fertigstellungsdatum für den Plenarsaalbereich ist der Sommer 1992 genannt worden. Die Bundesbauministerin hat verbindlich erklärt, in ihrem Ministerium die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, daß nun zügig weitergebaut werden kann.

(-/26.10.1989/vo-he/rs)

Das Wirtschaftsministerium als nachgeordnetes Vollzugsorgan

Zum vorausseilenden Gehorsam des Helmut Haussmann

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand. Ein Sprichwort. Auf Bonner Praxis bezogen, läßt sich hinzufügen: Und einem Minister gibt er (sach)kundige Beamte. Im allgemeinen. Im besonderen nicht unbedingt. Wie das aber dann ausgeht, wenn nämlich göttliche Leihgabe sowohl als auch bürokratischer Beistand ausbleiben, dieses Schauspiel kann seit einigen Wochen jedermann besichtigen.

Daß der Held des Stückes im aktuellen Falle Haussmann und mit Vornahmen Helmut heißt, macht seinen möglichen Ausgang nicht harmloser. Da steuert zwar niemand, auch der Held offenbar nicht wirklich, aber die Sache selbst tut es, sie steuert ins Fatale. Das Ministerium, dem Haussmann noch kein Jahr vorsteht, das für Wirtschaft, verliert den von Erhard und Schiller begründeten Ruf und seine Handlungskompetenz. Schuld daran allein: die Art, wie der Minister entscheidet, wie er nicht entscheidet und vor allem, wie und was er redet.

Doch der Reihe nach.

Der Minister hat entschieden - mit einer „Ministererlaubnis“, wie so etwas heißt, und gegen das Votum des Bundeskartellamtes -, auf deutschem Boden in Zeiten von wachsender Entspannung und abnehmenden Rüstungsabsichten, einen riesigen Rüstungskonzern entstehen zu lassen: Er hat die Fusion von Daimler-Benz und Messerschmidt-Bölkow-Blohm, kurz MBB, genehmigt.

Begründet hat der Wirtschaftsminister diese gigantische Unternehmenskonzentration mit dem übergeordneten staatlichen Interesse an einem langfristigen, aber deutlichen Subventionsabbau beim Airbus-Geschäft. Außerdem damit, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie im internationalen Wettbewerb durch einen großen „Systemführer“, Daimler-Benz eben, stärken zu wollen, um gegen die Monopolisten in anderen Ländern bestehen zu können.

Ob sich der Strom der Aber-Milliarden, der bisher dem bei MBB angesiedelten Airbus zugeflossen ist, aber je wirklich stoppen lassen wird, steht weiter in den Sternen. Klar allerdings ist auf der anderen Seite schon heute, daß sich Bonn bei der Abwehr gegen ausländische Monopolisten zu Hause auf eigenem Territorium einem selbst ins Leben gerufenen Monopolisten ausliefert. Schon

bislang war Daimler-Benz ein Rüstungsproduzent beachtlicher Größe, besonders mit seinen Beteiligungen an AEG, Dornier und MTU. Mit der Beteiligung am Luft- und Raumfahrtunternehmen MBB aber wird der Stuttgarter Konzern in der Bundesrepublik jetzt marktbeherrschend wie kein anderes Unternehmen. An Daimler-Benz wird künftig keine Bundesregierung vorbeizentscheiden können - ob es um ein neues Flugzeug für die Bundeswehr geht oder um einen neuen Fernmelde-satelliten für die Post.

Staatsmonopolkapitalismus in Reinkultur, ermöglicht durch den fehlenden Mannesmut eines Liberalen und damit Angehörigen einer Partei, die in Sonntagsreden ihrer Repräsentanten das Banner des freien Wettbewerbs hochhält: Der Staat zahlt, das Unternehmen bestimmt. Wohin dies gerade im militärisch-industriellen Komplex führen kann, kennt man aus amerikanischen Verhältnissen: Auf einmal besteht auch in der Bundesrepublik die Gefahr, daß sich Wirtschaftsinteressen eines nunmehr gewaltigen Unternehmens letztlich sogar gegen Abrüstung mobilisieren lassen. Haussmann hat, das sei redlicherweise gesagt, nur ausgelöffelt, was seine Vorgänger ihm eingebracht haben. Er hätte aber nicht ausöffeln müssen, doch er hat es getan, ist wirtschaftlichem Druck gewichen in der öffentlichen Pose des wackeren Zinnsoldaten. Haussmanns Entscheidung wirft ein Licht darauf, wie sich unter der gegenwärtigen Bundesregierung die Machtverhältnisse wirklich entwickelt haben: Bereits bei der Einstellung des Baues der Wiederaufbereitungsanlage für atomare Brennstoffe (WAA) in Wackersdorf durch den Vorstandsvorsitzenden der Betreibergesellschaft VEBA war deutlich geworden, wer - da auf dem Gebiet der Energiepolitik - die Richtlinienkompetenz real besitzt. Nicht die Bundesregierung. Haussmanns Entscheidung macht diese Machtverhältnisse aber besonders dort deutlich, wo der Minister nicht entschieden hat:

Die von der Monopolkommission bei der neuen Machtzusammenballung als besonders bedenklich bezeichneten Besitzverhältnisse bei Daimler-Benz bleiben bestehen. Die von den Wettbewerbsbehörden geforderte Reduzierung des Aktienanteils der Deutschen Bank in der Höhe von fast 30 Prozent an Daimler-Benz findet nicht statt. Und mit dieser Nichtentscheidung Haussmanns verabschiedet sich die FDP von ihrer bisher immer wieder erhobenen Forderung nach Beschränkung der Bankenmacht. Der Raum für staatliche Rahmenvorgaben für das Wirtschaften wird sozusagen „besenrein“ Großindustrie und Großbanken überlassen.

Dafür beansprucht der für Wirtschaft zuständige Minister in einem beispiellosen Im-Jauf eine Mitsprache ausgerechnet dort, wo im Grundgesetz eine Entscheidungsgewalt der Bundesregierung ausdrücklich nicht vorgesehen ist: bei der Autonomie der Tarifpartner. Der Minister schlägt sich im Vorfeld der anstehenden Tarifaufinandersetzungen über Arbeitszeitverkürzungen und Lohn-erhöhungen so eindeutig auf die Seite der Wirtschaft, daß es deren Vertretern schon schwerfällt, dies nicht peinlich zu finden: Der Fall Daimler-Benz/MBB hat Haussmanns Behörde - mehr als Großindustrie und Großbanken wünschenswert - in der Öffentlichkeit als nachgeordnetes Vollzugsorgan von Machtzentren gezeigt, deren Einfluß weit über den wirtschaftlichen Bereich hinausreicht. Daß nun auch noch der vorausseilende Gehorsam des Wirtschaftsministers so sichtbar wird, wie er es wird, das ist auch ihnen zu viel. Denn allzu deutlich wird, wohin der Kurs im Verhältnis von Politik und Wirtschaft unter dieser Bundesregierung treibt.

Man dürfe in der Politik von Zeit zu Zeit sündigen, hat Haussmanns großer Amtsvorgänger Ludwig Erhard einmal gesagt. Und hinzugefügt hat er: Man müsse nur wissen, daß es eine Sünde sei. Der gegenwärtige Wirtschaftsminister hat sich offenbar zu häufigerem Sündigen entschlossen. Das ist schlimm für unsere Wirtschaftsordnung. Und besonders schlimm daran ist, daß man den Verdacht haben muß, Helmut Haussmann ist sich dieser Sünden noch nicht einmal bewußt. Ist nicht für manchen Politiker ein Erfolg, daß er fast täglich in den Schlagzeilen steht?

(-/26.10.1989/vo-he/rs)